

Thema Flüchtlinge: Haben Sie Fragen?

Die Flüchtlingsdebatte polarisiert – auch in Bremen und der Region. Der WESER-KURIER möchte hier für eine sachliche Grundlage sorgen: Schicken Sie Ihre drängendsten Fragen an Dossier@weser-kurier.de. Die Antworten lesen Sie am 7. November in einem umfangreichen Dossier; wie sehr das Thema unsere Leser bewegt, lesen Sie bereits heute auf Seite 5.



FOTO: NORDPHOTO

Fünf Straftäter brechen aus

Niedersachsens Maßregelvollzug erneut in der Diskussion / CDU wirft Ministerin Versagen vor

VON PETER MLODOCH

Hannover. Nach dem gewalttätigen Ausbruch von fünf Straftätern aus der Entziehungsanstalt Brauel in Zeven stehen die Sicherheitskonzepte im niedersächsischen Maßregelvollzug erneut auf dem Prüfstand. Das zuständige Sozialministerium in Hannover will aber zunächst den Bericht der Kriminalpolizei und die Expertise der eigenen Fachleute vor Ort abwarten. „Wir müssen die Abläufe sehr gründlich analysieren“, erklärte Ressortchefin Cornelia Rundt (SPD). Danach werde man sehen, ob und wie man etwa die Eigensicherung des Personals verbessern müsse.

Die fünf wegen Rauschgift Handels, Diebstahls, Raubs, Erpressung und Körperverletzung verurteilten, drogensüchtigen Männer im Alter von 22 bis 28 Jahren hatten um 2.30 Uhr am frühen Montag zwei Pfleger und einen Sicherheitsbeamten auf der Station 5 überwältigt und ihnen die Schlüssel abgenommen. Danach waren sie durch ein Tor auf der Rückseite des Komplexes entwichen. Eine sofort eingeleitete Großfahndung der Polizei im Kreis Rotenburg mit Hubschrauber und Spürhunden blieb vor-

erst ohne Erfolg. „Wir wissen, wo sie lang gegangen sind, aber irgendwo verliert sich ihre Spur“, sagte Polizeisprecher Heiner van der Werp.

Brauel bietet 134 Therapieplätze für drogenabhängige Straftäter, deren Delikte im Zusammenhang mit ihrer Sucht stehen. Die fünf Flüchtigen, von denen keiner wegen eines Tötungs- oder Sexualdelikts vor Gericht stand, hatten bereits Vollzugslockerungen wie unbegleitete Ausgänge genossen, diese aber offenbar missbraucht: Am vergangenen Donnerstag wies man ihnen bei einem Urintest in der Anstalt den Konsum von Cannabis nach. Die Therapie galt daher als gescheitert; die jungen Männer wurden daraufhin in die geschlossene Abteilung verlegt. Diese Station 5 ist in einem Einzelgebäude innerhalb des in einem Waldstück gelegenen Geländes untergebracht, sie war erst im vergangenen Jahr nach einem Ausbruch aufgerüstet worden: mit höheren Zäunen, Nato-Draht und elektronischen Berührungssensoren.

Da eine unbemerkte Flucht also so gut wie unmöglich war, griffen die Täter offenbar zur Gewalt. Einer der Angestellten wurde verletzt und musste vorübergehend

im Krankenhaus behandelt werden. „Die Mitarbeiter sind geschockt“, berichtete Anstaltsleiter Harald Schmidt. „So etwas hatten wir vor 18 Jahren zum letzten Mal.“ Auch Ministerin Rundt sprach von einer „völlig neuen Situation“, weil die Insassen das Personal tätlich angegriffen und gefesselt hätten. Zwei Ministeriumsbeamte fuhrten sofort nach Brauel, um gemeinsam mit der Leitung das Sicherheitskonzept der Einrichtung zu überprüfen.

Allein mit baulichen Veränderungen könne man solchen Situationen aber nicht vorbeugen, betonte Ressortchefin Rundt. Nach mehreren spektakulären Ausbrüchen und Entweichungen hatte die rot-grüne Landesregierung im vergangenen Jahr die Sicherheitskonzepte des Maßregelvollzugs verschärft und Prognoseprozesse für die Insassen überarbeitet. In diesem Jahr wurde landesweit das rund 1000-köpfige Personal in den zehn Einrichtungen um 54 Stellen aufgestockt; Brauel bekam dabei acht Stellen mehr. „Es gibt kein Sicherheitsproblem im Maßregelvollzug“, meinte die Ministerin.

Die Opposition widersprach heftig und warf Rundt Versagen vor. „Die Ministerin

hat nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt“, kritisierte der CDU-Abgeordnete Volker Meyer aus Syke. Die rot-grüne Koalition habe fahrlässig Vorschläge für mehr Sicherheit in den Wind geschlagen. Die Union hatte vergeblich die erkenntnisdienliche Behandlung mit Fotos, Fingerabdrücken und Stimmproben aller Insassen gefordert. Nur so könne die Polizei vernünftige Fahndungsmaßnahmen einleiten. Außerdem müsse man geschultes Vollzugspersonal aus den Gefängnissen im Maßregelvollzug einsetzen. Ministerin Rundt hat dies bisher immer abgelehnt. „Es handelt sich um Patienten, nicht um Häftlinge.“

In den zehn Maßregel-Einrichtungen des Landes sitzen laut Ministerium derzeit rund 1270 Betroffene, davon 770 in der Psychiatrie und 450 in einer Entziehungsanstalt. Im laufenden Jahr gab es bislang einschließlich des neuen Falls 14 „aktive“ Fluchten sowie 49 „passive“ Entweichungen, also etwas das Wegbleiben nach einem Ausgang. Die meisten sind wieder da: Außer den fünf aktuell Entwichenen sind derzeit drei Insassen flüchtig, darunter zwei Altfälle aus 2007 und 2013.

Kommentar Seite 2 · Bericht Seite 14

Deutsche Bank wird weiblicher

London-Frankfurt/M. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Skandale den Ruf der Deutschen Bank beschädigt und Milliarden gekostet. Es wird zu den Aufgaben der neuen Vorstandsfrau Sylvie Matherat gehören, auf diesem Feld Schadensbegrenzung zu betreiben. Die Französin wird zum 1. November in die Führungsriege der Bank aufrücken. Seit beinahe 20 Jahren zählte deren Vorstand kein weibliches Mitglied mehr. Matherat ist seit gut einem Jahr bei dem Geldinstitut und wird sich in ihrer neuen Position um die Bereiche Regulierung, Unternehmensführung und Kampf gegen die Finanzkriminalität kümmern.

Unterdessen gerät die Bank wegen ihrer Russland-Geschäfte immer stärker ins Visier der US-Ermittlungsbehörden. Diese haben nach einem Medienbericht ihre Untersuchungen ausgeweitet. Sie gehen inzwischen auch dem Verstoß gegen Handelsanktionen nach. Das berichtete die „Financial Times“ am Montag unter Berufung auf mehrere Insider. Bislang ging es bei den Ermittlungen vorrangig um den Verdacht der Geldwäsche im Moskauer Handelsbereich der Bank. Verstöße gegen die wegen des Ukraine-Konflikts verhängten Sanktionen hätten nach Einschätzung aus Finanzkreisen wegen ihrer großen politischen Brisanz und Aktualität aber noch größere Sprengkraft für die Bank. Gerade US-Behörden sind bei Verletzungen von Embargos wenig zimperlich. **Berichte Seite 17**

THEMA

Trostlos in den Banlieues

3

Zehn Jahre nach den Unruhen in den französischen Banlieues ist die Lage in den Vorstädten immer noch deprimierend. Viele Bewohner fühlen sich als Franzosen zweiter Klasse.

BREMEN

Heftige Hiebe bei der Hanse-Garde

12

Schwerter, Degen, Hellebarden – bei der Bremer Hanse-Garde geht es richtig zur Sache. Da kann selbst die Schweizergarde, Wache des Papstes, noch einiges lernen.

SPORT

Der Kaiser spricht in der WM-Affäre

24

Von Franz Beckenbauer ist bisher nicht viel zu hören gewesen zu den Korruptionsvorwürfen um die Vergabe der WM 2006. Der sonst so redselige 70-Jährige hielt sich bedeckt – jetzt aber hat er Fehler eingeräumt.

SPORT

Stevens ersetzt Gisdol in Hoffenheim

23

Fußball-Bundesligist 1899 Hoffenheim hat in der Krise seinen Konzepttrainer Markus Gisdol vor die Tür und Huub Stevens auf die Bank gesetzt. Der 61-jährige Niederländer erhält beim Tabellenvorletzten einen Vertrag bis zum Saisonende. Die Kraichgauer und ihr Mäzen Dietmar Hopp sind damit zum wiederholten Mal mit einem langfristigen Konzept gescheitert.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	6	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	28	Tipps & Termine	27
Lesermeinung	5	Veranstaltungsanzeigen	20

Warnung vor zu viel Fleisch

Lyon. Würstchen, Schinken und anderes verarbeitetes Fleisch sind nach Einschätzung der Internationalen Krebsforschungsagentur krebserregend. Der regelmäßige Konsum erhöhe das Risiko für Darmkrebs, teilte die Behörde der Weltgesundheitsorganisation am Montag in Lyon mit – und zwar um 18 Prozent je 50 Gramm täglich.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt, nicht mehr als 300 bis 600 Gramm Fleisch und Fleischwaren pro Woche zu essen, aber bundesweit verzehren die Verbraucher deutlich mehr, sagte DGE-Pressesprecherin Antje Gahl in Bonn. So essen Männer im Durchschnitt wöchentlich etwa doppelt so viel – nämlich 1092 Gramm. Frauen liegen demnach mit 588 Gramm an der oberen Grenze.

Zudem stuften die Experten rotes Fleisch als wahrscheinlich krebserregend ein. Unter rotem Fleisch wird das Muskelfleisch aller Säugetiere verstanden, also auch von Rind, Schwein, Lamm, Kalb, Schaf, Pferd und Ziege. Der deutsche Medizin-Nobelpreisträger Harald zur Hausen wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass es Länder mit hohem Fleischkonsum gebe, in denen die Dickdarmkrebs-Raten trotzdem sehr niedrig sind: Es gebe Anhaltspunkte, dass vor allem bestimmte Sorten von Rindfleisch das Risiko steigern. Eine Arbeitsgruppe aus 22 Experten hatte mehr als 800 Studien über die Folgen des Fleischkonsums ausgewertet. **Kommentar Seite 2 · Bericht Seite 7**

ANZEIGE

HOT SHOT
Knochenhauerstr. 20 • 1.Etage
bis Donnerstag
ALLES
zum **1/2 Preis**
Ischa Freimaak!
CD, DVD, Vinyl, Shirts

Das ist zu wenig



Kathrin Aldenhoff über den Wohnungsbau

Es wird nicht reichen. Die Förderprogramme für den Wohnungsbau, die geplanten Anreize für Investoren, günstige Wohnungen zu bauen, auch die Innenstadterdichtung, die die Grünen wollen – das alles wird nicht ausreichen, um genügend günstige Wohnungen in Bremen zu schaffen. Die Stadt Bremen wächst, im vergangenen Jahr verzeichnete Bremen ein Einwohnerplus von 0,6 Prozent. Weil mehr Menschen nach Bremen zogen als die Stadt verließen, weil die Zahl der Geburten gestiegen und die Zahl der Sterbefälle gesunken ist. Der Bedarf an günstigen Wohnungen ist da, und er wächst – nicht nur, weil in diesem Jahr so viele Flüchtlinge hierhergekommen sind.

Die Zahl der Studierenden in Bremen steigt seit Jahren, und die brauchen günstige Wohnungen. Und nach dem Studium, wenn sie eine Familie gegründet haben, bleiben viele dann gleich in der Stadt wohnen, weil sie sich den Traum vom Einfamilienhaus außerhalb der Stadtgrenzen nicht mehr erfüllen können. Aus finanziellen Gründen, oder auch, weil ihnen die Sicherheit fehlt. Wer beruflich flexibel bleiben und für einen neuen Job vielleicht in eine andere Stadt ziehen muss, kauft sich eher kein Eigenheim, sondern bleibt lieber in einer Mietwohnung wohnen.

Bremen muss mehr tun als bisher, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Es geht nicht darum, zwischen dem Wunsch der Grünen nach Innenstadterdichtung und der Bebauung der Osterholzer Feldmark, wie es die SPD sich vorstellt, zu entscheiden. Es muss Schluss sein mit der rot-grünen Ideologienpolitik. Denn Fakt ist: Wir brauchen mehr Wohnraum. **Bericht Seite 9**
kathrin.aldenhoff@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Ronny Meyer



Früher einmal drehte sich im Leben von Ronny Meyer so ziemlich alles um den Wind. Da war er noch Geschäftsführer der Windenergie-Agentur. Inzwischen ist er Staatsrat im Umweltressort, und damit hat sich – zumindest an diesem Dienstag – thematisch einiges verändert. Jetzt geht es bei Meyer um Jahreszeiten und ums herbstliche Laub. Genauer gesagt um die Fragen, wie man die Tonnen heruntergefallenes Blattwerk von der Straße und auf den Kompost bekommt.

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

13° 6° 20%

Teils trüb, teils freundlich
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

